

FDP Brandenburg · Dortustraße 53 · 14467 Potsdam

Deutscher Richterbund – Landesverband Brandenburg e.V.
c/o Amtsgericht Rathenow
Bahnhofstraße 19
14712 Rathenow

Potsdam, 08. August 2024

Freie Demokratische Partei
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Dortustraße 53
14467 Potsdam
M: lvbrb@fdp.de
T: 0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Deutscher Richterbund – Landesverband Brandenburg e.V.

Frage 1

Beabsichtigte Schwerpunkte

Bitte benennen Sie die beabsichtigten Schwerpunkte der Justizpolitik Ihrer Partei in der kommenden Legislaturperiode und legen dar, welche Konzepte und Idee Sie für die kommende Legislaturperiode zur Wahrung und Stärkung des Justizstandortes Brandenburg haben.

Antwort der FDP Brandenburg

Unser Hauptanliegen in der Justizpolitik ist und bleibt die grundsätzliche Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit. Damit einher geht eine angemessene und wettbewerbsfähige Besoldung. Außerdem sollte eine weitergehende Aufstockung der Personaldecke der Richterschaft selbst erfolgen. Gleiches sollte aber nicht auf die Richterschaft bzw. Staatsanwaltschaft beschränkt bleiben, sondern auch für Rechtspfleger und Geschäftsstellen gelten.

Aktueller Schwerpunkt, gerade im Hinblick auf die Schwierigkeiten beim „BeA“, ist für uns der Bereich der „E-Justice“. Hier möchten wir nach wie vor an unserem Ziel eines „papierlosen Gerichtssaales“ festhalten.

Nicht unerwähnt bleiben darf der Bereich des Justizvollzuges. Hier wollen wir durch die Entwicklung neuer und attraktiver Formen der Personalgewinnung die dringend notwendigen Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst besetzen. Darüber hinaus beabsichtigen wir, im Bereich des Justizvollzugs moderne Resozialisierungskonzepte zu entwickeln, um die Chancen der brandenburgischen Strafgefangenen zu erhöhen, sich nach Verbüßung ihrer Strafe in die Gesellschaft zu integrieren.

Frage 2

Justizorganisation

Wollen Sie die ministerielle Justizverwaltung aufrechterhalten oder die Einführung / Stärkung der Selbstverwaltung der Justiz unterstützen? Wenn ja, welche Vorstellungen bestehen dazu? Besteht die Absicht, die Gerichtsbezirke zu verändern und/oder Standorte zu schließen bzw. Änderungen an der Fachgerichtsbarkeit vorzunehmen? Wie planen Sie die Zusammenarbeit mit Berlin?

Antwort der FDP Brandenburg

Die organisatorische Struktur der brandenburgischen Gerichte und Staatsanwaltschaften hat sich aus unserer Sicht grundsätzlich bewährt. Gleichwohl könnte sich bei geänderten Rahmenbedingungen, zum Beispiel aufgrund der immer weiter zunehmenden Komplexität der Verfahren, Handlungsbedarf ergeben. Das könnte etwa die Einrichtung weiterer Schwerpunktstaatsanwaltschaften oder die Zuständigkeitskonzentration bei Gerichten

betreffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schließung von bestehenden Gerichtsstandorten und der damit einhergehende Stellenabbau der Vergangenheit angehören. Die Schließung des Arbeitsgerichts Potsdam war ein Fehler, den wir gern korrigieren würden. Eine Bestandsgarantie für den heutigen Status quo ist geboten, auch um keine Unruhe in die Arbeit der Justizbehörden zu bringen. Die Beibehaltung des Status quo sollte unserer Auffassung nach nicht nur für die Gerichte, sondern auch für die Justizvollzugsanstalten gelten. Neben der Landeshauptstadt Potsdam müssen zugleich auch die Standorte „in der Fläche“ aufrechterhalten, gestärkt und weiterentwickelt werden. Nur so kann das Ziel der Gewährleistung einer bürgernahen Justiz erreicht werden.

Die richterliche Unabhängigkeit ist das höchste Gut unseres Rechtsstaats. Für Gespräche über Modelle, die eine Stärkung der Selbstverwaltung der rechtsprechenden Gewalt beabsichtigen, sind wir offen.

Frage 3

Richterwahlausschuss

Welche Änderungen am BbgRi) planen Sie? Verfolgen Sie das Ziel, die Zuständigkeit des Richterwahlausschusses auf die „Anstellung“ im eigentlichen Sinne, d. h. erstmalige Ernennung einer Richterin oder eines Richters auf Lebenszeit, zu begrenzen und hierfür Art. 109 der Verfassung des Landes Brandenburg anzupassen? Verfolgen Sie das Ziel, § 22a BbgRiG zu streichen?

Antwort der FDP Brandenburg

Interessante Vorschläge zur Weiterentwicklung des brandenburgischen Richtergesetzes möchten wir ergebnisoffen diskutieren. Etwaige Anpassungen wollen wir in ein stimmiges Gesamtgefüge für ein konstruktives Zusammenwirken zwischen den Beteiligten einfügen.

Frage 4

Personalausstattung

Welches Konzept verfolgt Ihre Partei, um der Pensionierungswelle in allen Diensten der Justiz entgegenzutreten und mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass die Justiz auch künftig als Arbeitgeber für Spitzenjuristen in allen Gerichtsbarkeiten bzw. in den Staatsanwaltschaften attraktiv bleibt?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir werden uns für eine angemessene und wettbewerbsfähige Besoldung aller in der Justiz Beschäftigten einsetzen. Wir wollen leistungsstarkes Personal für Brandenburg gewinnen und Abwanderungen in andere Länder oder andere Berufe verhindern. Berufliche Vorerfahrungen müssen bei der Entlohnung ebenso berücksichtigt werden wie die Übernahme herausgehobener Tätigkeiten. Wir wollen zusätzliche Anreize schaffen, um die Besoldung attraktiver zu gestalten und Leistung zu belohnen. Dazu muss das Besoldungssystem ganzheitlich überprüft werden. Die evident verfassungswidrige Besoldung von Richterinnen und Richtern im Land Brandenburg werden wir beenden.

Frage 5

Neueinstellungen

Werden Sie für die nächste Legislaturperiode Neueinstellungen in den richterlichen Probedienst vornehmen? Wenn ja, für welche Bereiche? Wie viele Neueinstellungen sind Ihrer Meinung nach, in welchen Geschäftsbereichen erforderlich?

Antwort der FDP Brandenburg

Ja, wir beabsichtigen, in der nächsten Legislaturperiode Neueinstellungen im richterlichen Probedienst vorzunehmen. Besonders wichtig sind hierbei die Bereiche der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Verwaltungsgerichtsbarkeit, um den steigenden Anforderungen und der wachsenden Anzahl von Verfahren gerecht zu werden.

Frage 6

Richterlicher Bereitschaftsdienst

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die durch die Ausweitung der Befassung des richterlichen Bereitschaftsdienstes entstehende Mehrbelastung zu kompensieren? Verfolgen Sie eine (weitere) Konzentration des richterlichen Bereitschaftsdienstes?

Antwort der FDP Brandenburg

Um die Mehrbelastung durch die Ausweitung des richterlichen Bereitschaftsdienstes zu kompensieren, planen wir mehrere Maßnahmen. Zunächst wollen wir die personelle Ausstattung erhöhen, indem wir zusätzliche Richterstellen schaffen und bestehende Richter entlasten. Weiterhin setzen wir auf eine bessere organisatorische Struktur und Digitalisierung, um die Arbeitsabläufe zu optimieren. Eine (weitere) Konzentration des richterlichen Bereitschaftsdienstes lehnen wir ab.

Frage 7

(Bundeseinheitliche) Besoldung

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Besoldung bundeseinheitlich geregelt wird, damit ein Wettbewerb um die besten Köpfe für die Justiz nicht über die Besoldung geführt wird? Welche Maßnahmen zur Sicherstellung einer amtsangemessenen Besoldung planen Sie, konkret: in welchem Umfang muss die R-Besoldung zum 1. Januar 2025 steigen, um das zu gewährleisten?

Antwort der FDP Brandenburg

Eine bundeseinheitliche R-Besoldung erscheint auf den ersten Blick attraktiv, begegnet aber im konkreten Fall teils erheblichen Bedenken, vor allem im Hinblick auf die regional sehr unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in verschiedenen Bundesländern. Zudem steht sie im Widerspruch zum kompetitiven Föderalismus und schränkt die Handlungsfähigkeit Brandenburgs ein. Wir lehnen eine bundeseinheitliche Besoldung daher ab.

Wir werden uns durch eine Anhebung der R-Besoldung dafür einsetzen, dass die Amtsangemessenheit der Besoldung von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten in Brandenburg gewahrt wird. Eine deutliche Anhebung der Besoldung – außerhalb der regelmäßigen Anpassungen an die wirtschaftliche Entwicklung – ist dazu aus unserer Sicht unumgänglich.

Frage 8

Widerspruchswelle

Wie planen Sie, mit der Widerspruchswelle gegen die Höhe der R-Besoldung umzugehen? Werden Sie eine Zusage abgeben, dass nach einer etwaigen verfassungsgerichtlichen Entscheidung, mit der eine ungenügende Besoldung festgestellt wird, eine Nachzahlung auf alle Besoldungs- und Versorgungsempfänger, unabhängig von der Einlegung eines individuellen Widerspruchs übertragen wird?

Antwort der FDP Brandenburg

Ja.

Frage 9

Digitalisierung der Justiz

Welche Konzepte verfolgen Sie, um die personelle Ausstattung des ZenIT seinen Aufgaben entsprechend sicherzustellen. Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach noch notwendig, damit die bundesgesetzlich vorgeschriebene flächendeckende Einführung der eAkte in der Justiz zum 1. Januar 2026 gelingt?

Antwort der FDP Brandenburg

Die Fortentwicklung der Digitalisierung der brandenburgischen Justiz ist eines unserer Kernanliegen der nächsten Jahre. Um eine „Waffengleichheit“ innerhalb der dritten Gewalt mit der Anwaltschaft oder den Rechtsabteilungen von Unternehmen zu gewährleisten, ist eine moderne und digitalisierte Ausstattung unumgänglich. Demzufolge sind die Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte entsprechend auszustatten und die Arbeitsplätze zu modernisieren. Wir befürworten einen Digitalpakt für die Justiz zwischen Bund und Ländern, um die technische Ausstattung der Justiz deutlich und schnell zu verbessern.

Frage 10

Weisungsrecht des Justizministers

Welche Position vertritt Ihre Partei zum externen Weisungsrecht des Justizministers in staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren? Wollen Sie die Möglichkeit einer gezielten politischen Einflussnahme auf rechtsstaatliche Verfahren beibehalten oder setzen Sie sich mit dem Deutschen Richterbund für eine zeitnahe Abschaffung ein?

Antwort der FDP Brandenburg

Das Weisungsrecht der Justizminister stammt aus dem vorletzten Jahrhundert und ermöglicht es ihnen, auf konkrete Ermittlungen der Staatsanwaltschaften durchzugreifen. Wir setzen uns dafür ein, das Weisungsrecht der Justizminister abzuschaffen.